

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Rüdiger Veit, Dr. Dieter Wiefelspütz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/831 –

Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete

Vorbemerkung der Fragesteller

Arbeit und Ausbildung sind entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben. Insbesondere die schulische und betriebliche Ausbildung ist für junge Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete ebenso wichtig wie für alle anderen jungen Menschen. An einem Zugang zu Bildung und Ausbildung hängen die Zukunftschancen dieser jungen Menschen.

Nach der geltenden Rechtslage kann Antragstellerinnen und Antragstellern während des Asylverfahrens (Gestattete) nach mindestens einjährigem Aufenthalt erlaubt werden, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. Voraussetzung dafür ist, dass der/die Gestattete nicht oder nicht mehr in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt und die Bundesagentur für Arbeit (BA) zustimmt. Die BA muss dabei die so genannte Vorrangprüfung vornehmen: Es darf keine Deutsche/kein Deutscher oder EU-Bürgerin/EU-Bürger zur Verfügung stehen, die oder der die Arbeitsstelle annehmen könnte. Praktikerinnen und Praktiker berichten immer wieder, dass die Vorrangprüfung je nach Region für viele Betroffene zu einem weitgehenden faktischen Ausschluss vom Arbeitsmarkt während des Asylverfahrens führt, da die meisten Stellen auch mit Deutschen oder EU-Bürgerinnen und -Bürgern besetzt werden können.

Ähnliches gilt für Geduldete. Ihnen kann nach Ablauf eines Jahres ebenfalls der Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt erlaubt werden. Auch für sie gilt dann für die Dauer von weiteren drei Jahren die Vorrangprüfung.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden einige Normen geändert, um den Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt für Geduldete zu erleichtern. Das betrifft einen Anspruch auf Zugang zu Ausbildung ohne Vorrangprüfung sowie zum Arbeitsmarkt ohne Vorrangprüfung nach vier Jahren, die Aufnahme in den Kreis der Leistungsberechtigten für die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder für Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sowie eine Lockerung der räumlichen Beschränkung zum Zwecke der Arbeitsaufnahme. Auch für Gestattete erlaubt das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) eine

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 12. März 2010 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Lockerung der räumlichen Beschränkung. Hier stellt sich die Frage, wie diese Regelungen in der Praxis angewandt werden und ob weiterer Regelungsbedarf besteht.

1. Wie hoch ist die bundesweite Zahl von Personen, die eine Aufenthaltsgestattung gemäß § 55 AsylVfG haben (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht)?

Zum Stichtag 31. Januar 2010 waren im Ausländerzentralregister 35 654 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung erfasst. Die Aufschlüsselung nach Bundesländern und Geschlecht kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Bundesländer	Aufenthaltsgestattungen			
	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt
Baden-Württemberg	4 278	3 019	1 259	
Bayern	4 512	3 067	1 442	3
Berlin	1 792	1 053	736	3
Brandenburg	1 159	702	457	
Bremen	682	417	264	1
Hamburg	1 173	736	435	2
Hessen	2 239	1 357	881	1
Mecklenburg-Vorpommern	730	451	279	
Niedersachsen	2 809	1 806	1 002	1
Nordrhein-Westfalen	9 507	5 887	3 617	3
Rheinland-Pfalz	1 568	984	584	
Saarland	287	198	88	1
Sachsen	1 639	1 228	411	
Sachsen-Anhalt	719	468	250	1
Schleswig-Holstein	1 784	1 092	692	
Thüringen	776	500	276	
Deutschland gesamt	35 654	22 965	12 673	16

2. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in Frage 1 genannten Personen Jugendliche, also Personen, die 14 aber noch nicht 18 Jahre alt sind (§ 7 Absatz 1 Nummer 2 SGB VIII), und wie viele junge Volljährige, also Personen, die 18 aber noch nicht 27 sind (§ 7 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII), sind?

Die Zahlen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Bundesländer	14 - unter 18 Jahre alt				18 - unter 27 Jahre alt			
	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt
Baden-Württemberg	189	140	49		1 567	1 240	327	
Bayern	391	299	92		1 661	1 251	408	2
Berlin	146	88	58		485	325	160	
Brandenburg	86	61	25		387	253	134	
Bremen	58	35	22	1	169	122	47	
Hamburg	256	184	72		246	177	69	
Hessen	301	192	109		619	433	186	
Mecklenburg-Vorpommern	62	45	17		185	134	51	
Niedersachsen	143	89	54		882	631	251	
Nordrhein-Westfalen	574	405	169		2 678	1 853	824	1
Rheinland-Pfalz	84	59	25		491	340	151	
Saarland	11	7	4		84	67	17	
Sachsen	87	62	25		600	500	100	
Sachsen-Anhalt	22	12	10		239	175	64	
Schleswig-Holstein	99	68	31		488	344	144	
Thüringen	40	24	16		253	194	59	
Deutschland gesamt	2 549	1.770	778	1	11 034	8 039	2 992	3

3. Wie viele Personen mit Aufenthaltsgestattung

- a) besuchen regelmäßig eine Schule,
- b) nehmen an berufsvorbereitenden Maßnahmen teil,
- c) machen eine betrieblich durchgeführte berufliche Ausbildung,
- d) sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt (nicht eingerechnet Ausbildungsverhältnisse i. S. v. Frage 3c),
- e) sind selbständig berufstätig,
- f) befinden sich im Studium oder
- g) sind erwerbslos?

Bitte für die Fragen 3a bis 3g Aufschlüsselung nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht.

Sofern der Bundesregierung zu den Fragen 3a bis 3g keine Zahlen vorliegen, bitten wir um Zahlen, die die Anzahl gestatteter Teilnehmer wiedergeben, die an den einschlägigen Bundesprogrammen (z. B. ESF-Bundesprogramm für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt) teilnehmen.

Es liegen Zahlen über die Teilnahme von Asylbewerbern an berufsvorbereitenden Maßnahmen und arbeitlose Asylbewerber vor.

Im November 2009 besuchten bundesweit 15 Asylbewerber eine berufsvorbereitende Maßnahme. Von den Teilnehmern waren elf Frauen und vier Männer.

Zwölf Teilnehmer waren volljährige Erwachsene. Acht Teilnehmer haben an einer Maßnahme in Nordrhein-Westfalen und drei Teilnehmer an einer Maßnahme in Baden-Württemberg teilgenommen.

Im Februar 2010 waren insgesamt 2.825 Asylbewerber arbeitslos. Die Aufschlüsselung nach Bundesländern, Geschlecht und Alter kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Region	Alter	Insgesamt	männlich	weiblich
Deutschland	Insgesamt	2 825	1 871	954
	15 bis unter 18 Jahre	8	7	1
	18 bis unter 27 Jahre	354	244	110
Schleswig-Holstein	Insgesamt	118	78	40
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	11	8	3
Hamburg	Insgesamt	77	40	37
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	5	1	4
Niedersachsen	Insgesamt	343	248	95
	15 bis unter 18 Jahre	1	1	–
	18 bis unter 27 Jahre	40	34	6
Bremen	Insgesamt	79	41	38
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	9	4	5
Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	706	472	234
	15 bis unter 18 Jahre	2	2	–
	18 bis unter 27 Jahre	116	83	33
Hessen	Insgesamt	118	74	44
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	15	7	8
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	123	76	47
	15 bis unter 18 Jahre	2	1	1
	18 bis unter 27 Jahre	10	7	3
Baden-Württemberg	Insgesamt	168	117	51
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	14	12	2
Bayern	Insgesamt	319	242	77
	15 bis unter 18 Jahre	2	2	–
	18 bis unter 27 Jahre	48	37	11

Region	Alter	Insgesamt	männlich	weiblich
Saarland	Insgesamt	46	25	21
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	6	3	3
Berlin	Insgesamt	108	61	47
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	19	9	10
Brandenburg	Insgesamt	67	40*	27
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	6	4	2
Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt	102	68	34
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	10	6	4
Sachsen	Insgesamt	189	123	66
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	15	8	7
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	133	85	48
	15 bis unter 18 Jahre	1	1	–
	18 bis unter 27 Jahre	16	13	3
Thüringen	Insgesamt	129	81	48
	15 bis unter 18 Jahre	–	–	–
	18 bis unter 27 Jahre	14	8	6

Erstellungsdatum: 03.03.2010, Statistik Datenzentrum.

Zitierhinweis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Arbeitslosen nach Geschlecht, ausgewählten Altersgruppen und Einreisestatus, Nürnberg, Februar 2010, Datenstand: Februar 2010.

Im Rahmen des ESF-Bundesprogramms Bleibeberechtigte und Flüchtlinge werden die gewünschten Zahlen nicht erhoben. Eine Zwischenbilanz der Programmevaluation, die die Strukturdaten zu Gesamtteilnehmerzahlen differenziert nach dem Aufenthaltsstatus erhebt, wird voraussichtlich im April 2010 veröffentlicht.

Am ESF-Bundesprogramm zur "berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund" können nur Personen teilnehmen, die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen.

4. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in den Fragen 3a bis 3g genannten Personen Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Die Zahlen ergeben sich aus der Antwort zu Frage 3.

5. Wie vielen Personen mit Aufenthaltsgestattung wurde seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 eine Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung auf Grundlage von § 61 Absatz 2 AsylVfG erteilt (bitte aufschlüsseln nach den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 und ggf. 2010 sowie nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht)?

Die von der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2006 bis 2009 an Personen mit Aufenthaltsgestattung erteilten Zustimmungen zur Beschäftigung nach Bundesländern und Geschlecht können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Region (Arbeitsort)		Insgesamt											
		2006			2007			2008			2009		
		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
			Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Deutschland		1.323	1.111	212	840	719	121	490	409	81	659	567	92
01	Schleswig-Holstein	29	*	*	15	12	3	6	6		11	11	
02	Hamburg	29	23	6	32	24	8	3	*	*	*	*	
03	Niedersachsen	62	51	11	60	47	13	36	29	7	19	16	3
04	Bremen	*		*	*	*	*	6	6		10	7	3
05	Nordrhein-Westfalen	233	203	30	125	115	10	96	83	13	132	110	22
06	Hessen	115	79	36	46	32	14	26	23	3	51	44	7
07	Rheinland-Pfalz	8	5	3	*	*	*	4	*	*	18	15	3
08	Baden-Württemberg	252	217	35	154	131	23	67	58	9	132	120	12
09	Bayern	381	309	72	221	186	35	146	108	38	142	116	26
10	Saarland	*	*	*	9	*	*	*	*		*	*	
11	Berlin	6	*	*	4	*	*	6	6		*	*	
12	Brandenburg	36	*	*	38	*	*	23	*	*	31	28	3
13	Mecklenburg-Vorpommern	16	16					7	*	*	17	14	3
14	Sachsen	124	118	6	92	89	3	32	29	3	52	50	*
15	Sachsen-Anhalt				3	3		*	*		5	4	*
16	Thüringen	29	24	5	34	29	5	29	*	*	34	27	7

*) Die Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, anonymisiert.

Für das Jahr 2005 liegen keine und für das Jahr 2010 noch keine Zahlen über die erteilten Zustimmungen zur Beschäftigung vor.

6. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in Frage 5 genannten Personen Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Die Zahlen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Region (Arbeitsort)		14 bis unter 18 Jahren											
		2006			2007			2008			2009		
		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
			Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24		
Deutschland		37	27	10	18	*	*	13	9	4	16	11	5
01	Schleswig-Holstein												
02	Hamburg				*		*				*	*	
03	Niedersachsen												
04	Bremen										*		*
05	Nordrhein-Westfalen	*	*	*	*	*					5	*	*
06	Hessen	4	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*
07	Rheinland-Pfalz	*		*									
08	Baden-Württemberg	7	7		3	3	*	*	*	*	*	*	*
09	Bayern	21	17	4	10	10	6	*	*	*	5	5	
10	Saarland												
11	Berlin												
12	Brandenburg						*	*	*	*			
13	Mecklenburg-Vorpommern						*	*	*	*			
14	Sachsen												
15	Sachsen-Anhalt												
16	Thüringen	*		*									

Region (Arbeitsort)		18 bis unter 27 Jahren											
		2006			2007			2008			2009		
		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
			Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36		
Deutschland		514	448	66	291	247	44	166	143	23	251	226	25
01	Schleswig-Holstein	11	*	*	6	*	*	3	3		3	3	
02	Hamburg	15	12	3	13	10	3	*		*			
03	Niedersachsen	20	15	5	24	20	4	8	5	3	9	*	*
04	Bremen							4	4		*	*	*
05	Nordrhein-Westfalen	84	76	8	36	33	3	32	*	*	42	36	6
06	Hessen	38	29	9	8	5	3	7	*	*	25	25	
07	Rheinland-Pfalz	*	*	*	*	*		*	*		6	6	
08	Baden-Württemberg	99	85	14	54	46	8	25	22	3	53	49	4
09	Bayern	170	151	19	83	68	15	54	46	8	60	56	4
10	Saarland				*	*	*	*	*				
11	Berlin	*		*							*	*	
12	Brandenburg	13	13		16	16		7	*	*	8	8	
13	Mecklenburg-Vorpommern	8	8					4	4		6	6	
14	Sachsen	41	39	*	31	*	*	8	*	*	14	*	*
15	Sachsen-Anhalt				*	*							
16	Thüringen	11	8	3	16	12	4	9	*	*	20	13	7

*) Die Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, anonymisiert.

7. Wie oft

- a) wurde seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes Anträgen auf Ausnahmen gemäß § 58 Absatz 1 AsylVfG stattgegeben, wonach gestatteten Ausländern erlaubt werden kann, den Geltungsbereich der Aufenthaltsgestattung vorübergehend zu verlassen oder sich allgemein in dem angrenzenden Bezirk einer Ausländerbehörde aufzuhalten, und
- b) wurden entsprechende Anträge abgelehnt?

Bitte Antworten zu den Fragen 7a und 7b aufschlüsseln nach den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 und ggf. 2010 sowie nach Bundesländern.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

8. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in den Fragen 7a und 7b genannten Antragsteller Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

9. Wie hoch ist die bundesweite Zahl von Personen, die eine Duldung gemäß § 60a des Aufenthaltsgesetzes haben (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht)?

Zum Stichtag 31. Januar 2010 waren im Ausländerzentralregister 88.954 Personen mit einer Duldung erfasst. Die Aufschlüsselung nach Bundesländern und Geschlecht kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Bundesländer	Geduldete			
	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt
Baden-Württemberg	9.344	6.144	3.200	
Bayern	6.545	4.613	1.931	1
Berlin	5.693	3.915	1.772	6
Brandenburg	1.737	1.249	488	
Bremen	2.103	1.315	785	3
Hamburg	4.356	2.798	1.557	1
Hessen	5.311	3.360	1.951	
Mecklenburg-Vorpommern	1.336	888	448	
Niedersachsen	12.638	7.315	5.321	2
Nordrhein-Westfalen	27.064	16.195	10.859	10
Rheinland-Pfalz	3.088	1.943	1.145	
Saarland	1.116	711	405	
Sachsen	2.636	1.963	672	1
Sachsen-Anhalt	2.770	1.974	796	
Schleswig-Holstein	1.893	1.180	711	2
Thüringen	1.324	925	399	
Deutschland gesamt	88.954	56.488	32.440	26

10. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in der Frage 9 genannten Personen Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Die Zahlen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Bundesländer	Geduldete 14 – unter 18 Jahre alt				Geduldete 18 – unter 27 Jahre alt			
	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt	gesamt	männlich	weiblich	unbekannt
Baden-Württemberg	582	349	233		1.616	1.136	480	
Bayern	305	184	121		1.196	923	273	
Berlin	460	273	183	4	1.444	1.076	368	
Brandenburg	100	70	30		432	326	106	
Bremen	218	128	89	1	350	249	101	
Hamburg	283	162	121		683	465	218	
Hessen	386	226	160		1.053	753	300	
Mecklenburg-Vorpommern	77	47	30		239	172	67	
Niedersachsen	1.152	638	514		2.332	1.498	834	
Nordrhein-Westfalen	2.333	1.255	1.076	2	4.551	2.923	1.627	1
Rheinland-Pfalz	186	84	102		554	384	170	
Saarland	78	46	32		187	141	46	
Sachsen	121	68	53		482	383	98	1
Sachsen-Anhalt	123	63	60		622	497	125	
Schleswig-Holstein	124	74	49	1	316	216	100	
Thüringen	48	28	20		268	206	62	
Deutschland gesamt	6.576	3.695	2.873	8	16.325	11.348	4.975	2

11. Wie viele Geduldete bezogen seit dem 1. Januar 2009
- Leistungen nach § 8 Absatz 2a BAföG, der seit Inkrafttreten des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes am 1. Januar 2009 Geduldete mit mindestens vierjährigem Voraufenthalt in den Kreis der Leistungsberechtigten einbezieht, oder
 - Leistungen nach § 63 Absatz 2a SGB III, der seit Inkrafttreten des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes am 1. Januar 2009 Geduldete mit mindestens vierjährigem Voraufenthalt in den Kreis der Leistungsberechtigten einbezieht?

Bitte aufschlüsseln nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor. In der Statistik über die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und in der Statistik über die Berufsausbildungsbeihilfe werden die Geduldeten nicht gesondert erfasst.

12. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in den Fragen 11a und 11b genannten Leistungsbezieher Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen.

13. In wie vielen Fällen wurde Geduldeten seit Inkrafttreten des so genannten EU-Richtlinienumsetzungsgesetzes am 28. August 2007

- a) die Ausübung einer Beschäftigung aufgrund von § 10 Absatz 2 Nummer 1 der Beschäftigungsverfahrensverordnung erlaubt, welcher die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ohne Vorrangprüfung vorsieht für eine Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf oder
- b) die Ausübung einer Beschäftigung aufgrund von § 10 Absatz 2 Nummer 2 der Beschäftigungsverfahrensverordnung erlaubt, welcher die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ohne Vorrangprüfung vorsieht, wenn sich der Ausländer seit vier Jahren ununterbrochen erlaubt, geduldet oder mit Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufgehalten hat, und
- c) in wie vielen Fällen wurde Geduldeten die Erlaubnis auf Grundlage von § 11 der Beschäftigungsverfahrensverordnung versagt?

Bitte für die Fragen 13a bis 13c aufschlüsseln nach den Jahren 2007, 2008, 2009 und ggf. 2010 sowie nach Bundesländern und, wenn möglich, nach Geschlecht.

Zu a)

Die Regelung des § 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Beschäftigungsverfahrensverordnung ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Im Jahr 2009 wurde insgesamt 104 Geduldeten eine Zustimmung zu einer Berufsausbildung erteilt. Die Aufschlüsselung nach Bundesländern, Geschlecht und Alter ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Region (Arbeitsort)	2009 § 10 Abs. 2 Nr. 1 BeschVerfV erfasst ab 02.2009			14 bis unter 18 Jahren 2009 § 10 Abs. 2 Nr. 1 BeschVerfV erfasst ab 02.2009			18 bis unter 27 Jahren 2009 § 10 Abs. 2 Nr. 1 BeschVerfV erfasst ab 02.2009		
	Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
	10	11	12	22	23	24	34	35	36
Deutschland	104	62	42	23	16	7	65	36	29
01 Schleswig-Holstein	4	4		*	*		3	3	
02 Hamburg	*	*	*				*	*	*
03 Niedersachsen	10	6	4	3	*	*	5	*	*
04 Bremen									
05 Nordrhein-Westfalen	23	14	9	3	3		13	6	7
06 Hessen	7	*	*	*		*	5	*	*
07 Rheinland-Pfalz	8	5	3	*		*	6	*	*
08 Baden-Württemberg	24	14	10	6	*	*	14	8	6
09 Bayern	18	11	7	5	*	*	12	6	6
10 Saarland									
11 Berlin	*	*		*	*				
12 Brandenburg	*	*					*	*	
13 Mecklenburg-Vorpommern									
14 Sachsen	4	*	*	*	*	*	*	*	*
15 Sachsen-Anhalt	*	*					*	*	
16 Thüringen	*		*				*		*

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Die Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, anonymisiert.

Zu b)

Die in den Jahren 2007 bis 2009 an Geduldete, die sich seit vier Jahren ununterbrochen erlaubt, geduldet oder gestattet im Bundesgebiet aufgehalten haben, von der Bundesagentur für Arbeit ohne Vorrangprüfung erteilten Zustimmungen zur Beschäftigung können aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Geschlecht der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Region (Arbeitsort)	2007 § 10 Satz 3 BeschVerfV erfasst ab 09.2007			2008 § 10 Satz 3 BeschVerfV			2009 § 10 Abs. 2 Nr. 2 BeschVerfV		
	Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutschland	10.466	7.382	3.084	11.785	8.077	3.708	3.758	2.543	1.215
01 Schleswig-Holstein	75	59	16	117	86	31	49	35	14
02 Hamburg	298	196	102	43	39	4	16	13	3
03 Niedersachsen	1.442	968	474	1.914	1.187	727	480	300	180
04 Bremen	410	275	135	489	309	180	52	32	20
05 Nordrhein-Westfalen	3.881	2.682	1.199	4.555	2.995	1.560	1.672	1.074	598
06 Hessen	799	545	254	614	439	175	112	84	28
07 Rheinland-Pfalz	231	170	61	422	303	119	126	86	40
08 Baden-Württemberg	1.109	799	310	1.534	1.121	413	356	245	111
09 Bayern	1.125	902	223	720	534	186	303	218	85
10 Saarland	474	278	196	269	168	101	68	43	25
11 Berlin	38	28	10	90	59	31	21	17	4
12 Brandenburg	134	112	22	203	165	38	66	53	13
13 Mecklenburg-Vorpommern	122	104	18	149	115	34	51	35	16
14 Sachsen	112	96	16	243	212	31	166	142	24
15 Sachsen-Anhalt	44	40	4	189	154	35	110	77	33
16 Thüringen	172	128	44	233	191	42	110	89	21

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Die Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, anonymisiert.

Zu c)

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

14. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in den Fragen 13a bis 13c genannten Antragsteller Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Die Zahl der Zustimmungen zur Beschäftigung, die an unter Frage Nr. 13 fallende Jugendliche und junge Volljährige erteilt worden sind, können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Region (Arbeitsort)		14 bis unter 18 Jahren								
		2007 § 10 Satz 3 BeschVerfV erfasst ab 09.2007			2008 § 10 Satz 3 BeschVerfV			2009 § 10 Abs. 2 Nr. 2 BeschVerfV		
		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
			Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
16	17	18	19	20	21	22	23	24		
Deutschland		492	268	224	841	477	364	324	170	154
01	Schleswig-Holstein	4	*	*	6	*	*	*	*	*
02	Hamburg	13	5	8	*	*	*	*	*	*
03	Niedersachsen	75	36	39	150	82	68	43	24	19
04	Bremen	35	20	15	29	17	12	8	5	3
05	Nordrhein-Westfalen	184	106	78	378	215	163	164	86	78
06	Hessen	27	16	11	33	19	14	12	7	5
07	Rheinland-Pfalz	12	*	*	30	16	14	9	5	4
08	Baden-Württemberg	61	33	28	111	65	46	36	19	17
09	Bayern	21	11	10	42	27	15	15	7	8
10	Saarland	52	27	25	39	20	19	15	7	8
11	Berlin	*	*	*	3	*	3	*	*	*
12	Brandenburg	*	*	*	*	*	*	4	*	*
13	Mecklenburg-Vorpommern	*	*	*	3	*	*	5	*	*
14	Sachsen	*	*	*	3	3	*	4	*	*
15	Sachsen-Anhalt	*	*	*	4	*	*	*	*	*
16	Thüringen	4	*	*	6	*	*	5	*	*

Region (Arbeitsort)		18 bis unter 27 Jahren								
		2007 § 10 Satz 3 BeschVerfV erfasst ab 09.2007			2008 § 10 Satz 3 BeschVerfV			2009 § 10 Abs. 2 Nr. 2 BeschVerfV		
		Insg.	davon		Insg.	davon		Insg.	davon	
			Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
28	29	30	31	32	33	34	35	36		
Deutschland		3.079	2.267	812	3.315	2.311	1.004	1.067	728	339
01	Schleswig-Holstein	18	*	*	35	29	6	14	10	4
02	Hamburg	91	64	27	11	11	*	*	*	*
03	Niedersachsen	448	309	139	546	328	218	156	98	58
04	Bremen	111	82	29	154	98	56	*	*	*
05	Nordrhein-Westfalen	1.222	858	364	1.364	923	441	490	320	170
06	Hessen	251	188	63	212	159	53	31	26	5
07	Rheinland-Pfalz	74	60	14	119	92	27	35	26	9
08	Baden-Württemberg	280	211	69	388	289	99	101	73	28
09	Bayern	352	301	51	184	148	36	79	57	22
10	Saarland	118	79	39	64	40	24	19	9	10
11	Berlin	6	6	*	16	10	6	5	5	*
12	Brandenburg	22	*	*	32	27	5	17	14	3
13	Mecklenburg-Vorpommern	16	*	*	35	27	8	13	*	*
14	Sachsen	23	20	3	52	45	7	32	26	6
15	Sachsen-Anhalt	11	*	*	45	39	6	33	23	10
16	Thüringen	36	28	8	58	46	12	23	19	4

*) Die Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, anonymisiert.

15. Wie oft

- a) wurde seit Inkrafttreten des so genannten EU-Richtlinienumsetzungsgesetzes am 28. August 2007 Anträgen auf Ausnahmen gemäß § 61 Absatz 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes stattgegeben, wonach für Geduldete mit Arbeitserlaubnis Ausnahmen von der räumlichen Beschränkung gemacht werden können und
- b) wurden entsprechende Anträge abgelehnt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

16. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der in den Fragen 15a und 15b genannten Antragsteller Jugendliche und wie viele junge Volljährige sind?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

17. Wie ist die Haltung der Bundesregierung dazu, Gestatteten und Geduldeten neben den bereits bestehenden Fördermaßnahmen Zugang zu weiteren Fördermaßnahmen nach dem SGB III, insbesondere Förderbeihilfen zur Ausbildung, zu ermöglichen?

Die Bundesregierung plant derzeit keine Rechtsänderungen.

18. Was unternimmt die Bundesregierung dafür, dass auch Gestattete und Geduldete Zugang zu Bildung und beruflicher Ausbildung erhalten?

Geduldeten Ausländern, die sich seit einem Jahr erlaubt, geduldet oder gestattet in Deutschland aufhalten, wird die Zustimmung, einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf oder einen vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf ergreifen zu dürfen, durch die Bundesagentur für Arbeit unabhängig von der Situation am Ausbildungsmarkt erteilt.

Die Regelung der Schulpflicht bzw. des Schulzugangs von Kindern und Jugendlichen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung obliegt den Ländern und wird in den Ländern unterschiedlich gehandhabt. Im Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode haben die Koalitionspartner vereinbart, die aufenthaltsrechtlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen dahingehend zu ändern, dass der Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltstitel ermöglicht wird.

Darüber hinaus soll laut Koalitionsvertrag die Residenzpflicht des Asylverfahrensgesetzes zugunsten einer hinreichenden Mobilität, insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme, geändert werden.

Gestattete und Geduldete mit Hochschulabschluss können an der mit BMBF- und ESF-Mitteln geförderten Maßnahme AQUA-Migration (Qualifizierungsangebote für zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker) der Otto Benecke Stiftung e. V. teilnehmen. Diese berufsgruppenbezogene Maßnahme beinhaltet Module der Deutschförderung, der fachlichen Qualifizierung sowie Bewerbungstraining und Praktika. Die jeweiligen Maßnahmen erstrecken sich über einen Zeitraum von 12 bis 15 Monaten.

19. Wie schätzt die Bundesregierung die (Lebens-)Situation der de facto von beruflicher Qualifikation ausgeschlossenen Gestatteten und Geduldeten ein?

Sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

Zur (Lebens-)Situation dieses Personenkreises liegen der Bundesregierung keine empirisch belegten Daten vor. Eine frühzeitige Einbeziehung von Personen mit einem mindestens nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch das ESF-Bundesprogramm für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge unterstützt und kann in Einzelfällen sinnvoll sein, um Demotivation, Ausgrenzung und Dequalifizierung vorzubeugen. Darüber hinausgehenden Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung derzeit nicht.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*